

## **Pressespiegel Dresden Nazifrei, 27.11.2014**

### **Über 5.000 schließen sich Antiislam-Demo in Dresden an**

Endstation-rechts.de – 25.11.2014

Dem sechsten Aufruf der Dresdner Antiislam-Initiative Pegida folgten erneut mehrere Tausend Menschen. Neben besorgten Bürgern sind unter den Teilnehmern auch bekannte Gesichter der rechtsextremen Szene zu sehen. Die Zahl der Gegendemonstranten ist gestiegen, bleibt aber in der Unterzahl.

Bereits zum sechsten Mal marschierten die Anhänger der Kampagne „Patriotische Europäer Gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) unter dem Motto „Für Euch, für eure Familie, für euer Vaterland“. Das Bündnis mobilisiert über Facebook und hat dort mittlerweile über 20.000 Fans.

Dort heißt es, dass die Vereinigung das Ziel habe, „dass alle Kinder in einem friedlichem und weltoffenem Deutschland und Europa aufwachsen können!“ Konkret gehe es darum, Glaubenskriege in Deutschland zu verhindern: „Wir akzeptieren keine Hetze von irgendwelchen Salafisten gegen ‚Ungläubig‘ oder Andersgläubige... Wir akzeptieren in Europa keinerlei ‚Tätigkeiten‘ von IS, PKK, al Kaida oder wie sie alle heißen!“

### **Verbindungen zu Rechtsextremen und in die Hooligan-Szene**

Nach eigenen Angaben habe die Pegida mittlerweile „Partnerorganisationen“ in Leipzig, Kassel, NRW und München. Die erste Demo gegen die vermeintliche Islamisierung in Leipzig soll im Januar stattfinden.

Es gibt vielfältige Spekulationen, wer hinter der Initiative steckt. Laut einem Bericht der MDR-Sendung „Exakt“ von Anfang November gebe es personelle Verbindungen in die Kölner Hooligan-Szene. Demnach sollen sich Teilnehmer der HoGeSa-Demo in Köln mittlerweile auch in Mitteldeutschland organisiert haben. In einer geschlossenen Facebook-Gruppe werde gegen Muslime gehetzt und für die Dresdener Demos geworben. „Hier ruft einer der Organisatoren zum Dresdner Protestmarsch auf: Siegfried Däbritz. Im Forum postet er seinen Hass gegen alle Muslime.“

Bei der fünften Demo der Pegida betonte der Redner René Jahn: „Radikale Islamisten sind keine Rasse - also sind wir keine Rassisten. [...] Wir lieben unsere Nation und sind gegen Sozialismus - also sind wir keine Nazis.“ Trotzdem dulden es die Veranstalter offenbar, dass lokale NPD-Aktivisten an den Demonstrationen teilnehmen und sich damit in der Öffentlichkeit rühmen. So schrieb zum Beispiel der Dresdner NPD-Kreisvorsitzende und Landesgeschäftsführer Jens Baur in der vergangenen Woche, dass er sich gefreut habe, auf der Demo „sehr viele alte Bekannte zu treffen“.

Auch auf dem sechsten „Spaziergang“ dieser Art sind Rechtsextreme gesichtet worden. Laut DNN seien darunter Marco Eißler, der einer Dresdner Kameradschaft angehöre, und der ehemalige NPD-Landtagsabgeordnete René Despang. Auch Jens Baur postete ein Foto von sich und dem ehemaligen NPD-Landtagsabgeordneten Arne Schimmer auf der Demonstration.

### **Stille während des „Spaziergangs“**

Während der letzten Wochen konnte die Pegida die Teilnehmerzahlen immer wieder verdoppeln. Das gelang bei dieser Demo zwar nicht, aber dennoch steigerte sich die Zahl der Demonstranten von 3.200 in der letzten Woche auf rund 5.500.

Der Zug startete mit einer Kundgebung in der Nähe des Pirnarischen Platzes und führte über den Dr.-Külz-Ring und den Postplatz auf den Theaterplatz. Während die Demonstranten in Bewegung waren, herrschte Stille unter den Teilnehmern. Das gehörte zum Konzept, möglicherweise auch um Parolen wie „Ausländer raus“, wie sie in der vergangenen Woche am Rande der Demo zu vernehmen waren, zu vermeiden.

Redner Lutz Bachmann, laut einem Interview einer der zwölf Initiatoren der Pegida, sagte, „das Bündnis sei für die Aufnahme von Kriegs-, aber für eine konsequente Abschiebung von Wirtschaftsflüchtlings und Straftätern“, so berichtet die Sächsische Zeitung. Auf dem Theaterplatz skandierten die Teilnehmer vermehrt den Ausruf „Wir sind das Volk“, der eigentlich mit den Demonstrationen während der politischen Wende in der DDR 1989 assoziiert wird.

### **Rund 400 Menschen zeigen Gesicht gegen Rassismus**

Dort trafen die Pegida-Anhänger auf den lautstarken Protest von rund 400 Gegendemonstranten, die dem Aufruf des Bündnisses „Dresden Nazifrei“ gefolgt waren. Das Motto der Demonstration war – ähnlich wie Plakate der NPD – „Gegen Heimat, gegen Volk und gegen Vaterland!“ Gleichzeitig fand eine Kundgebung unter dem Titel „Rassismus demaskieren“ auf der Hauptstraße statt.

In der Dreikönigskirche startete 18 Uhr der Bürgerdialog zum Thema Asyl, eine städtische Veranstaltung, die vom Direktor der Landeszentrale für politische Bildung, Frank Richter, eröffnet wurde. Ziel der Veranstaltung war es, über die Situation von Asylbewerbern aufzuklären. Die Ängste der Bürger, die durch Rechtsextreme und die Pegida durch das Heraufbeschwören von Horrorszenarien geschürt werden, sollten abgebaut und eine Grundlage für ein gemeinschaftliches Miteinander geschaffen werden.

Richter hatte in einem Interview zu bedenken gegeben, dass man die Proteste der Pegida nicht unterschätzen dürfe. „Ich bin gegen eine kurzschlüssige und pauschale Gleichsetzung mit dem Rechtsextremismus. Besorgte Bürger, die Sorgen haben um ihre Kultur und ihre Stadt, auch Sorgen zur Unterbringung der Flüchtlinge, sind ernst zu nehmen.“

Sein Vorschlag sei, eine Menschenkette gegen die Pegida-Demonstration zu bilden. Diese Art des Protest praktiziert die Stadt Dresden jedes Jahr am Jahrestag der Bombardierung der Stadt am 13. Februar, um ein Zeichen für Toleranz zu setzen und sich gegen den Aufmarsch von Rechtsextremen zu wehren.

Auch für den kommenden Montag haben sowohl die Pegida als auch das Bündnis „Dresden Nazifrei“ Demonstrationen angekündigt.

### **Gegen Asyl, gegen Zuwanderung, gegen Ausländer: So nutzt die NPD die HoGeSa- und Pegida-Proteste für rechtsextreme Mobilisierung**

focus.de – 27.11.2014 – bon

Islamismus, Flüchtlinge und Ausländer sind die Themen, wegen der Organisationen wie „HoGeSa“

oder „patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ derzeit auf die Straße gehen. Für Rechtsextreme sind die Demonstrationen ein idealer Nährboden. Mittlerweile tauchen immer wieder NPD-Funktionäre auf den Demos auf.

„Heimatschutz statt Islamisierung“ las man am Montag auf vielen Schildern der rund 5.500 Demonstranten in Dresden. Zum sechsten Mal in Folge fand dort eine Montagsdemonstration, ein sogenannter „Großer Abendspaziergang“ der Gruppe „patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) statt. Seit Mitte Oktober bieten die Pegida-Spaziergänge Nährboden für Ressentiments gegen Flüchtlinge.

Eine Grundstimmung, die Rechtsextreme leicht für ihre Zwecke nutzen können. Zum Teil nehmen sie bereits an den Demonstrationen dieser Organisationen teil. Reporter der ARD-Sendung „Report Mainz“ zeigten am Dienstag in einem Beitrag, dass an dem „6. Großen Abendspaziergang“ der „Pegida“ in Dresden auch Arne Schimmer, Ex-NPD-Landtags-Abgeordneter und Jens Baur, NPD-Stadtrat in Dresden, teilnahmen.

„Mit ein paar Tausend Landsleuten in Dresden auf der Straße“

Und nicht nur dort sind Rechtsextreme zu finden. Anhänger des „Rings Nationaler Frauen“ (RNF), eine Unterorganisation der NDP, nutzten am Sonntag eine Bürgerdemo von „Chemnitz wehrt sich“, die unter dem Titel „Asylwahn, Überfremdung, Islamisierung“ angemeldet war, um ihre Inhalte lautstark zu verbreiten. Unter den Zuhörern: Führende NPD-Mitglieder wie Stefan Hartung aus dem Kreisverband Erzgebirge.

Hartung teilte auf seiner Facebook-Seite auch Bilder der „Pegida“-Proteste in Dresden mit dem Kommentar: „Mit ein paar Tausend Landsleuten in Dresden auf der Straße.“ Hartung ist der Gründer der Bürgerinitiative „Schneeberg wehrt sich“, die gegen ein Asylbewerberheim in der Stadt mobilisiert.

Die etwa 15.000 Einwohner große Stadt in Sachsen soll laut einer Facebook-Ankündigung auch Ort der nächsten Bürgerbewegung von „Chemnitz wehrt sich“ sein. Der Termin am kommenden Samstag fällt mit dem sogenannten „Programmtipp zum Wochenende“ der NPD zusammen: Die Eröffnung des Schneeberger Weihnachtsmarkts mit anschließender abendlicher Demonstration.

Auf den „Gegen Salafismus“-Zug aufspringen

Auf der NPD-Webseite zeigt der stellvertretende Parteivorsitzende Ronny Zasowk Verständnis für die aktuellen Demonstrationen. Es sei nicht verwunderlich, dass besorgte und wütende Bürger auf die Straße gingen „gleich, ob es die ‚Hooligans gegen Salafismus‘ (HoGeSA) oder die ‚Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes‘ (PEGIDA) sind“. Weiter erklärt er, dass die Partei alle Initiativen unterstütze, „die friedlich gegen die Folgen der Überfremdungspolitik protestieren. Denn das Ende der Geduld ist erreicht“.

Ihre Chance scheinen die Rechtsextremen darin zu sehen, auf den Zug „gegen Salafisten“ aufzuspringen. In Völklingen an der Saar fand am Samstag die erste Mahnwache „Saarländer gegen Salafisten“ (SaGeSa) statt. Veranstalter war laut „Report Mainz“ NPD-Funktionär Sascha Wagner. Als Hauptredner trat der NPD-Landesvorsitzende Peter Marx auf.

Gefährliche Vereinigung

Die Verfassungsschutzpräsidentin Niedersachsens, Maren Brandenburger, erklärte „Report Mainz“, wann Nachahmer der HoGeSa-Bewegung zum Problem werden können: „Unsere Sorge ist, dass aus dieser Bewegung, die inzwischen ja viele Facetten hat wie Pegida, SaGeSa, LaGeSa, ihr eigentlicher Bewegungscharakter in eine Kampagne übergeht, die gegen Asyl, Zuwanderung und Einwanderung ist.“ Bei HoGeSa-Veranstaltungen sei bereits verkündet worden, dass man die Massenzuwanderung als Hauptproblem ansehe.

Von verschiedenen gewaltbereiten Milieus, die sich vermischen, weil sie die gleichen Ziele und erklärten Feindbilder haben, könne in Zukunft Gefahr ausgehen. „Wenn sich die unterschiedlichen Gruppen in der großen Wut gegen das Fremde zusammenschließen, dann spielt das der NPD in die Hände“, sagt auch Politikwissenschaftler Hajo Funke.

Im März machte die Polizei unter Salafismus-Gegnern in Mannheim erstmals viele Rechtsextreme aus, die versuchten die Demonstration für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Auf der Kölner Demonstration am 26. Oktober geriet die Lage völlig außer Kontrolle. Unter die „Salafisten Raus“-Rufe mischten sich damals auch rechte Parolen.

## **Die Angst vor der »Pegida«-Welle**

neues-deutschland.de – 27.11.2014 – Hendrik Lasch

In Dresden geht eine unheilvolle Allianz gegen Flüchtlinge auf die Straße

»Dresden zeigt, wie's geht«: In der sächsischen Landeshauptstadt protestieren seit sechs Wochen jeweils montags Tausende gegen den Zuzug von Asylbewerbern. Die Politik wirkt bisher getrieben und ratlos.

Ein wenig wirkt das Ganze wie »Reenactment«. Der englische Begriff bezeichnet das Nachstellen historischer Ereignisse in möglichst authentischer Weise. Auf dem Dr.-Külz-Ring, vor der etwas düsteren Kulisse des Dresdner Rathauses, werden freilich keine Lanzen oder Musketen getragen; es geht nicht um eine Wiederbelebung von Kreuzzügen oder der Völkerschlacht. Die Menschen, die jeweils am Montag Abend schweigend über den Ring ziehen, tragen stattdessen Fahnen und Papierlaternen in Schwarz-Rot-Gold. Die Bilder, die der Marsch produziert, sollen an die Montagsdemos erinnern, mit denen vor 25 Jahren das Ende der DDR erzwungen wurde. Sie flimmern anlässlich des Jubiläums derzeit oft über Bildschirme. Den passenden historischen Slogan skandieren die Demonstranten in Dresden nicht selbst. Ihn gibt Lutz Bachmann, Redner bei der Auftaktkundgebung, auf den Weg. »Wir sind das Volk«, ruft er und fügt hinzu: »Dresden zeigt, wie's geht.«

Wie was geht? Das Erzwingen von Reisefreiheit zum Beispiel? Diese gehörte zu den Forderungen, für die im Herbst 1989 viele Menschen auch in Dresden auf die Straßen gingen. Im Sommer zuvor hatten sich Betriebe und Wohnblocks auch in der sächsischen Bezirksstadt geleert, weil DDR-Bürger in Scharen in die Bundesrepublik ausreisten - wo sie, je nach Sichtweise, als politische oder Wirtschaftsflüchtlinge ankamen und aufgenommen wurden. Im November 2014 wird in Dresden indes gegen Reisefreiheit demonstriert - jene von Menschen, denen es in ihren Heimatländern in Afrika, im Nahen Osten oder auf dem Balkan an Arbeit, Einkommen und Perspektiven fehlt, die sich dort nicht oder nur unter Gefahren politisch engagieren können oder deren Leben von Krieg

bedroht ist und die deshalb in Ländern wie Deutschland Asyl beantragen. Wegen der vielen Krisen in der Welt steigen die Zahlen. 2008 kamen 24 000 Menschen nach Deutschland; 2015 werden bis zu 200 000 erwartet. 11 000 von ihnen kommen nach Sachsen.

Das ist eine im Vergleich bescheidene Zahl; der Freistaat hat gut vier Millionen Einwohner. Dennoch gibt es Unruhe, Ängste, Proteste. Kurz vor Weihnachten 2013 gingen im erzgebirgischen Schneeberg 2000 Bürger auf die Straße, um dagegen zu protestieren, dass in einer früheren Kaserne ein Aufnahmelager eingerichtet wurde. Auch in vielen anderen Orten, in denen Flüchtlingsheime geplant wurden, gab es Bürgerinitiativen und Demonstrationen, oft angestachelt oder organisiert von der NPD, die auf Munion im Landtagswahlkampf hoffte. Die Hoffnung trog, die Rechtsextremen scheiterten im August denkbar knapp. An die Stelle der Proteste waren derweil an vielen Orten Bürgerversammlungen getreten, in denen es zwar heftig zur Sache ging - aber immerhin wurde geredet.

Die Demonstranten in Dresden reden nicht, zumindest nicht mit Politikern und Journalisten. Die würden ihnen das Wort im Munde herumdrehen - so behaupten es die Organisatoren von »Pegida«. Das Kürzel steht für »Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes«. Die neu gegründete Initiative, die sich vom ursprünglichen Etikett »friedliche Europäer« trennte, trat vor sechs Wochen in Erscheinung und rief zum »Spaziergang« auf. Erst hieß es, man wolle »gewaltfrei« verhindern, dass »Glaubenskriege auf deutschem Boden« ausgetragen würden. Anlass war eine eskalierte Demo, bei der Kurden auf die Straße gegangen waren. Bittere Ironie: Diese solidarisierten sich mit Kurden, die in der syrischen Stadt Kobane von der Terrormiliz IS belagert wurden - und also gegen Islamisten kämpften. Gegen Islamismus - das ist das gleiche Ziel, das auch in Dresden proklamiert wird.

Derlei Feinheiten interessieren bei »Pegida« nicht. Man arbeitet mit groben Mustern und einfachen Schwarz-Weiß-Bildern: hier die besorgten und verängstigten Bürger, dort eine ignorante und abgehobene Politik. Hier die Kultur des »Abendlandes«, dort Zuwanderer, die sich nicht anpassen. Hier der Protest, dort die Medien, die vorschnell von Rassisten und Nazis sprächen. Radikale Islamisten seien aber keine Rasse, sagt »Pegida«-Redner Bachmann: »Also sind wir keine Rassisten.« Zudem liebe man zwar die Nation, sei aber gegen Sozialismus: »Also sind wir keine Nazis.«

Dass der Begriff »Nazi« womöglich zu kurz greift, räumen auch Politiker ein - zumindest, wenn darunter nur organisierte Mitglieder etwa der NPD verstanden werden. Die gibt es bei »Pegida« auch; es seien »polizeibekannte« Gesichter darunter, sagt der sächsische Innenminister Markus Ulbig. Das Bündnis »Dresden nazifrei« verortet im ein Dutzend Personen starken Kreis der Organisatoren und im harten Kern von »Pegida« Hooligans und bekannte Schläger aus der rechten Szene, Personen mit Verbindung ins Rockermilieu sowie einen Vize-Kreisvorsitzenden der »Alternative für Deutschland« (AfD), die nach einem furiosen Wahlerfolg seit August im sächsischen Landtag sitzt.

Vermutlich müssen diese Tatsache und das Entstehen von »Pegida« im Zusammenhang gesehen werden. Die Menge, die montags über den Külzring und zum Dresdner Theaterplatz zieht, besteht nur zum Teil aus der NPD-nahen Klientel, wie sie am 13. Februar an einen angeblichen »Bombenholocaust« in Dresden erinnert, oder aus aggressiven jungen Männern, wie sie am Rande der Spiele von Dynamo Dresden für Randalen sorgen. Daneben finden sich unter den bereits 5500

Demonstranten aber auch sogenannte brave Bürger: die Besitzer kleiner Häuser, die sie durch Migranten in der Nachbarschaft im Wert sinken sehen; »Thilo-Sarrazin-Leser und AfD-Wähler«, wie ein Journalist formuliert. Es sind Menschen aus der Mitte der Gesellschaft, der Studien seit Jahren ein gehöriges Maß an Ressentiments gegen Ausländer und Abneigung gegen alles Fremde attestieren. »Pegida« - das ist, wenn man so will, der Gestalt gewordene »Rassismus der Mitte«.

Die Politik wirkt bisher ratlos und getrieben. »Wir sind noch dabei, uns zum Umgang Gedanken zu machen«, räumt Ulbig ein. Der CDU-Mann hatte am Montag indes einen Testballon steigen lassen und pünktlich zur Demo angekündigt, »Sondereinheiten« gegen kriminelle Zuwanderer bilden zu wollen. Bei »Pegida« wurde das als Punktsieg gefeiert. Der Innenminister verspreche, was die Menschen auf der Straße gefordert hätten, hieß es - und er werde, wie angemerkt wurde, dennoch nicht als Nazi bezeichnet. Der Druck auf die Landespolitik dürfte sich nach dem Manöver eher noch erhöhen - schließlich, so stellt es sich aus Sicht der Demonstranten dar, zeitigt »Pegida« ja Wirkung.

Das erklärte Ziel nicht nur von Ulbig ist ein anderes. Der Minister trennt sauberlich zwischen »Pegida«-Organisatoren, die Bürger »verunsichern« wollten, und den solcherart Verunsicherten. Ersteren müssen man »den Nährboden entziehen«. Auch Petra Köpping (SPD), frisch ernannte Ministerin für Integration, räumt ein, dass die Strippenzieher zwar rechts seien, sich in deren Slogans aber über das Zuwanderungsthema besorgte Bürger wiederfänden: »Deren Sorgen müssen wir ernst nehmen«, sagt Köpping. Die SPD-Frau setzt auf Dialoge und Gesprächsforen, wie es sie hie und da in Sachsen bereits gibt. »Gegen Hetzer«, fügt sie aber hinzu, »haben wir keine Chance.« Fest steht: Für ein Gegensteuern bleibt nicht endlos viel Zeit. Nur sechs Wochen hat es gedauert, bis in Dresden 5500 Menschen auf die Straße gehen. Was geschieht, wenn die Zahl weiter steigt oder die Aktionen auf andere Städte übergreifen? Man müsse die »besorgten« Bürger von »Pegida« wegbekommen, sagt Ulbig - »damit das keine Welle wird«. Für Montag wird zum nächsten »Spaziergang« aufgerufen - dem mittlerweile siebenten.

## **PEGIDA: Rechte Proteste mit politischer Unterstützung**

Weltanschauungsblog.wordpress.com – 28.11.2014

Politisch ist Sachsen schon immer ein besonderes und eigenes Bundesland im wiedervereinigten Deutschland gewesen. Seit dem Mauerfall von der CDU regiert, gibt es in Sachsen je her eine stärkere Zustimmung zu rechten Meinungen und Aussagen als anderswo. Die NPD war dort bis zur vergangenen Landtagswahl zwei Perioden in Folge im Landtag vertreten. Nachdem durch jahrelange massive Gegenproteste, welche von der sächsischen Polizei und Landesregierung immer wieder kriminalisiert wurden, das Ende des größten Neonazi-Aufmarsch in Deutschland und zeitweise auch Europa eingeläutet wurde, bilden sich nun neue Proteste in der Landeshauptstadt Dresden, die zwar nicht von der extrem-rechten Szene organisiert und geführt sind, es jedoch unter den Teilnehmern durchaus Überschneidungen zu finden gibt. Neben Personen aus dem Umfeld der NPD gibt es auch parteilose Rechte, die diese Proteste besuchen und versuchen sie weiter zu radikalisieren. Darüber hinaus unterscheiden sich die, nun hinter einem rhetorisch feinem Vorhang versteckten, hetzerischen und fremdenfeindlichen Parolen nur sehr gering von den Meinungen der extremen Rechten. Auch der Name weist deutlich darauf hin, in welche Richtung die Inhalte der Bewegung gehen: *Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlands (PEGIDA)*

## PEGIDA

Der Zuspruch ist erschreckend groß. Starteten die Organisatoren in der ersten Woche noch mit eher überschaubarem Teilnehmerfeld, versammelten sich kürzlich rund 6000 Menschen um unter dem stolz und anmutig klingenden Motto unverhohlen gegen Flüchtlinge, Islam und demokratische Parteien zu wettern. Auch hierbei wird stets versucht, die Ausdrucksweise mit einem freundlich und offenen Gewand zu verkleiden, wobei dies nur bedingt erfolgreich ist. Wie auf dem angefügten Video vom 03.11.2014 zu hören ist, wird nach einer allumfassenden Politiker-Schelte zur Bewahrung der deutschen Identität aufgerufen.

Weiter fordert der Redner unter großem Beifall strikte Kontrollen an den europäischen Außengrenzen und einen härteren Umgang mit straffälligen Flüchtlingen. Am Ende folgt eine "Schweigeminute", welche durch leuchtende Handys eine "besondere Atmosphäre" erhalten soll. In einem zweiten [Video](#) von diesem Montag widerspricht der Redner den Vorwürfen der Ausländerfeindlichkeit und bringt als Beleg die steigende Zahl der nicht-deutschen Teilnehmer an. Er scheint zu verdrängen, dass jemand, der auf Vorurteilen basierende Ängste schürt, sich gegen "Wirtschaftsflüchtlinge" ausspricht und über den Verfall der deutschen Identität schwafelt rassistische Positionen und rechte Meinungen vertritt, ganz unabhängig davon ob im Teilnehmerfeld nicht-deutsche Menschen sind oder nicht. Auch die Forderung nach einer strikten Durchführung des Dublin-Verordnung zur leichteren Abschiebung von Flüchtlingen zeigt, wohin die Reise von PEGIDA gehen soll. Es sind diese Risse im sauberen Gewand, die eigentlich jedem Menschen deutlich machen sollte, dass hinter "netten" Worten eigentlich rechte Inhalte stecken. Dennoch steigt die Zahl der Teilnehmer von Woche zu Woche und auch in anderen Städten formieren sich derzeit immer neue Gruppen, die zu Protesten unter gleichem Motto aufrufen. Sollten sich diese Versuche der bundesweiten Proteste als erfolgreich erweisen, wird sich Deutschland möglicherweise auf eine neue Größenordnung der Demonstrationen gegen Islam und Flüchtlinge gefasst machen müssen. Doch auch unabhängig vom Erfolg andernorts; die aktuellen Aufmärsche in Dresden sind auch die Folge fehlgeleiteter Politik. Diese hat trotz zunehmender kleiner Protestaktionen in allen deutschen Regionen oftmals zugeschaut, das Problem verdrängt und ihre Rhetorik schlimmstenfalls an die Forderungen und Meinungen der Protestbewegungen angepasst bzw. ihnen Aufwind gegeben. Aktuell geschieht genau dies auch in Dresden; kein Wunder also, dass sich die Zahl der Demonstranten laufend erhöht.

Wer steht hinter PEGIDA?

Wer genau die Personen hinter PEGIDA sind ist schwer zu sagen. Beim Hauptredner handelt es sich um Lutz Bachmann. Viel mehr kann man im Internet über ihn jedoch kaum finden. Organisiert wurden die ersten Proteste über Facebook. Hierbei taucht dann auch der Name Rico Walther auf, welcher sich scheinbar große Sympathien für die AfD hat. Besonders zwischen den Demonstranten und dieser Partei scheint es die größten Überschneidungen zu geben. Wie die AfD sich zum Thema Flüchtlinge, Migration und Islam positionieren ist bekannt. Nun gründeten die Organisatoren eine Blog-Page, auf der sich eine erste Vernetzung vollzieht. Langfristig werden sich daher die Strukturen ausweiten und die Gefahr steigt, dass auch die extreme rechte Szene stärkeren Einzug in die organisatorischen Ebene erhält. Dass sich Personen dieser Szene bereits in der Anhängerschaft von PEGIDA finden, zeigt ein Bericht von Exakt über die Bewegung, in welchem auch ein weiterer Organisator zu Wort kommt.

Die genannten Kommentare machen deutlich, wie radikal und gewaltbereit auch die Teilnehmer dieser angeblich friedlichen und, wie auf dem Logo deutlich gemacht, den Neonazis fernem Demonstration. Verwunderlich ist dies nicht, wenn man einmal auf die Kommentarspalten der sozialen Netzwerke schaut. Auf diversen Seiten, egal ob von rechten und rechtspopulistischen Parteien, der BILD oder aber Fanseiten von rechtsoffenen und rechtsextremen Protestbewegungen finden sich Kommentare, die abscheulicher nicht sein könnten. Aufrufe zur Gewalt, offener Rassismus, Beleidigungen übelster Art und weitere Hetze sind fester Bestandteil der Diskussion. Die Personen hinter diesen 6000 Menschen sind zumindest keine bekannten Gesichter der rechten Szene und geben sich auch im Internet eher zurückhaltend. Dennoch ist eine große Nähe zu rassistischen und populistischen Inhalten erkennbar, allein aufgrund der Verbindung zur AfD sowie die Rhetorik auf den Demonstrationen. Diese Art der Diskussionsführung ist in Deutschland inzwischen jedoch "in der Mitte der Gesellschaft" angekommen, so dass es kaum ein Wunder ist, dass sich inzwischen 6000 Menschen zu einer Demonstration gegen Flüchtlinge und Islam einfinden.

### Mediale Berichterstattung und Fehler der Politik

Nein, ein Wunder ist es wirklich nicht; dafür aber tragisch und erschreckend. Dennoch, es war eine absehbare Folge der aktuellen Entwicklungen. Die Zahlen der Proteste gegen Flüchtlingsunterkünfte stieg stetig an, die öffentliche Debatte wurde immer stärker von Vorurteilen, besonders gegenüber so genannten "Wirtschaftsflüchtlingen", angeheizt, die Politik stimmte mit Parolen wie "Wer betrügt, der fliegt" oder aber "Asylbetrügern" in den rechten Chor mit ein und die Tatenlosigkeit aller politischen Ebenen in diversen Regionen der Republik ließen das unnötige Problem der fehlenden Unterkünfte entstehen. Teile der Medienbranche, wie bspw. die BILD, tun ihr Bestes um aus diesen Fehlern der Regierung hinterher Kritikpunkte bei den Flüchtlingen zu machen und die Hetze voran zu treiben. Auch andere Medien hatten darüber hinaus in den vergangenen Wochen immer wieder mal kritische Betrachtungen in ihren Ausgaben, welche in seriöserem Rahmen als die BILD, inhaltlich jedoch mit gleicher Ausrichtung ebenfalls gegen Flüchtlinge mobil machten bzw. vor einer zu hohen Flüchtlingszahl warnten oder aber aus angeblich humanistischen Gründen eine stärkere [Abweisung](#) von Flüchtlingen forderten. Angesichts dieser Entwicklungen sowie der aktuellen großen Proteste in Dresden sollte man meinen, dass die Politik sich nun über die Problematik im Klaren ist. Diese Annahme bleibt jedoch eine Hoffnung. Wie eingangs bereits kurz angesprochen zeigt sich in Dresden als sächsische Landeshauptstadt aktuell ein politisches Trauerspiel.

Markus Ulbig, aktueller sächsischer Innenminister und nach seinem Wunsch ab Mitte nächsten Jahres Dresdener Oberbürgermeister, [kündigte](#) Anfang der Woche an eine Sonderheit der Polizei einzurichten, welche für kriminelle Asylbewerber zuständig sein soll. Gleichzeitig äußerte er Verständnis für die PEGIDA-Demonstrationen und kritisierte die Gegenproteste. Er griff damit eher direkt als indirekt die Forderungen der PEGIDA-Demos auf und sprach ihnen sein Verständnis aus. Moralisch öffnet er damit einer Vielzahl an CDU-Wählern die Tür zur PEGIDA-Demo und dürfte damit für viel Zulauf am kommenden Montag sorgen. Gleichzeitig hat er sich bei dem ein oder anderen Demo-Teilnehmer sicherlich als "guter Politiker mit deutscher Identität" im Gedächtnis festgesetzt. Positiv für Ulbig kann dies spätestens im Juni 2015 sein; wenn Dresden den neuen Oberbürgermeister wählt. Es ist also nicht nur populistischer Aktionismus, den Ulbig betreibt, sondern darüber hinaus auch Wahlkampf übelster Art und Weise, da er auf dem Rücken der



Schwächsten ausgetragen wird. Die Wirkung seiner Handlung ist für Flüchtlinge schlimm; der durchschnittliche Deutsche unterscheidet in seiner Beurteilung eines Flüchtlings nicht zwischen "kriminellen Einzelfall" und "friedlicher Masse". Für ihn ist jeder Flüchtling eine potentielle Gefahr; im eigenen Umfeld sind sie unerwünscht. Gleichzeitig wirkt diese Einrichtung der Sonderheit und die damit verbundene positive Resonanz auf die PEGIDA-Proteste auch auf alle Muslime in Deutschland, da auch der Islam eine Zielscheibe der Proteste ist. Zwar beruft man sich auch hier auf die radikalen Bereiche, die man verurteilt, doch kann "Islam" und "deutsche Identität" nach der PEGIDA-Auffassung nicht vereint werden. Ein weiterer Widerspruch in einer langen Reihe von offener Ablehnung gegenüber allem, was nicht der deutschen Tradition entwachsen ist. Doch betritt Ulbig mit dieser Art des Wahlkampfes kein Neuland für die CDU. Roland Koch aber auch die NRW-CDU haben bereits vor ihm Akzeptanz für solch unwürdiges Vorgehen als Wahlkampfstrategie geschaffen, so dass sich Ulbig sicherlich keiner großen Kritik durch die eigene Partei ausgesetzt sehen wird.

Wie lang ist der rechte Weg?

Die PEGIDA-Bewegung freut sich über solche Worte. Angetrieben davon, wie besonders auch von den zunehmenden Zahlen in Dresden bilden sich aktuell immer neue Protestgruppen in anderen Städten. Auch ein Ende der steigenden Zahlen in Dresden selbst ist nicht absehbar. Die HoGeSa-Bewegung könnte sich als Vorbote einer noch größeren, dauerhafteren Art des Protestes erweisen. Sie waren die Türöffner, die erste Reihe, die harten Jungs, die den weniger radikalen Köpfen gezeigt haben, wie einfach es ist, tausende Menschen mit einfachen Parolen zu mobilisieren. Davon der Gegenseite, mit Ausnahme linker Gruppen, Organisationen und Parteien, wenig Gegenprotest vorzufinden ist, die öffentliche Diskussion immer wieder auf parteipolitischer Ebene, statt auf themenorientierter und lösungssuchender Basis geführt wird und daher in vielen Köpfen Unverständnis und Politikverdrossenheit gedeiht, wächst nun die unbegründete Angst vor zunehmenden Flüchtlingszahlen sowie der nationale Egoismus auf ein neues Niveau.

Es kann nur gemeinschaftlich, damit meine ich die Politik, die Gesellschaft und die Medien, geschafft werden, die zunehmende Ablehnung aufzuhalten. Alle müssen deutlich machen, dass Flüchtlinge keine Gefahr sind, ohne dabei vorrangig auf die eigenen Interessen zu schauen. Gleichzeitig muss sich besonders die Politik rechts der SPD einmal hinterfragen und die Rhetorik auf eine andere Ebene fahren. Statt angstmachender Reden über kriminelle und teure Flüchtlinge müssen sich diese Menschen auf die Werte der Demokratie, der Menschenrechte und der Bundesrepublik Deutschland besinnen. Das Asylrecht ist ein unveräußerliches Grundrecht, das jedem Menschen offen steht, der in seiner Heimat verfolgt, bedroht oder in anderer Art und Weise gefährdet wird. Dies gilt auch für all jene, die aufgrund des westlichen Luxus eines würdigen Lebens beraubt werden. "Wirtschaftsflüchtlinge" sind die Opfer unseres Wohlstands; wir haben die Verpflichtung ihnen zu helfen! Besonders wichtig ist jedoch auch, dass Politik wie Gesellschaft versteht, dass vorhandene Kriminalität bei Flüchtlingen nicht eine Folge ihrer Herkunft ist, sondern das Resultat unwürdiger Lebensumstände ist. Wer sich einmal damit befasst, wie das Leben eines Asylbewerbers in Deutschland aussieht und sich im Klaren darüber ist, dass dieser Mensch nach Deutschland kommt, da er sich hier ein Leben in Sicherheit erhofft, wird begreifen, dass sich unter Geldmangel, Arbeitsverbot, Residenzpflicht und geringen Chancen zur Integration die würdige Lebensführung als schwierig herausstellt. Kriminalität ist dann der Versuch, sich ein Leben in

menschenwürdiger Art und Weise zu ermöglichen. Viele, die aktuell in Dresden auf der Straße stehen, haben kein Bild von den Umständen eines Flüchtlings und würden unter solchen Zuständen vermutlich nach spätestens einer Nacht alles dafür tun, nicht nochmal in einer heruntergekommenen Unterkunft schlafen zu müssen. Doch soweit denkt man in Dresden und an vielen anderen Orten Deutschlands nichts.

Kein Mensch ist illegal!

Aufklärung ist die Lösung; und so müssen wir dafür sorgen, dass mehr Menschen begreifen, dass Flüchtlinge keine Gefahr, keine Last sind, sondern hilfesuchende Menschen, die in Deutschland oftmals unter unglaublichen Zuständen leiden müssen und deren Recht es ist, Sicherheit und Unterstützung zu erfahren. Ihnen zu helfen, ist unsere Pflicht. Ebenso wie die Verhinderung einer Neuauflage der Taten aus den 80er / 90er Jahren. Die Geschichtsbücher sind voll genug mit Kapiteln über rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Gewalt auf deutschem Boden. Ich weiß, dass der Weg den wir gehen, lang und steinig ist, aber er ist lohnenswert und zahlt sich aus. Irgendwann werden wir es schaffen, dass Deutschland statt "Wer betrügt, der fliegt" und "Asylanten Raus" die Marschrichtung "Refugees Welcome" an den Tag legt. Es ist der Moment, an dem sich das Bild Deutschlands wandelt und die Menschen, statt Hetze und Populismus nachzulaufen, sich der Menschlichkeit und Hilfsbereitschaft verschreiben. Dafür zu kämpfen, ist unsere Verantwortung und Pflicht. Begonnen haben wir bereits, doch dürfen wir nie aufgeben, denn Rassisten und Fremdenfeinde stehen bereit, dürfen jedoch nicht nochmals so stark werden, dass sie Deutschland in Angst und Schrecken versetzen! In diesem Sinne kann unser Motto auch weiterhin nur lauten: Kein Mensch ist illegal! Weiter gehts!

## **Demonstration in Dresden - Spezialeinheit Abendland**

faz.net – 26.11.2014 – Stefan Locke

Sie haben Angst vor Asylbewerbern, Angst vor Überfremdung. In Dresden werden die Pegida-Demonstrationen immer größer. Doch statt die Wogen zu glätten, schütten manche Landespolitiker Öl ins Feuer.

Passanten in der Dresdner Innenstadt konnten am Montagabend den Eindruck gewinnen, in ihrer Stadt werde das Abendland gegen seinen sicheren Untergang verteidigt. Abermals versammelte das Bündnis der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) mehr Demonstranten als in der Vorwoche. Nach Angaben der Polizei nahmen 5500 Menschen an dem gut eine Stunde dauernden „Abendspaziergang“ teil.

Zur gleichen Zeit gab es mehrere Gegenveranstaltungen mit einigen hundert Teilnehmern, einen von der Stadt organisierten „Bürgerdialog Asyl“ sowie einen „Asylgipfel“, auf dem Sachsens Regierung mit Bürgermeistern und Landräten besprach, wie Asylbewerber untergebracht und in die Gesellschaft integriert werden können.

Von den 158.000 Flüchtlingen, die in diesem Jahr bis einschließlich Oktober Asyl in Deutschland beantragt haben, muss Sachsen rund fünf Prozent aufnehmen. Bis zum Jahresende rechnet das Innenministerium mit 11.000 Menschen, von denen etwa 1600 in der Landeshauptstadt bleiben werden. Das sind etwa vier Mal so viele wie 2008, jedoch nur halb so viele wie Anfang der

neunziger Jahre.

Damals standen allerdings einstige Ferienheime und Kasernen aus DDR-Zeiten zur Verfügung, die sich schnell für Flüchtlinge umrüsten ließen. In den Jahren sinkender Asylbewerberzahlen wurden diese Einrichtungen abgerissen, weshalb die Behörden nun Probleme haben, die wachsende Bewerberzahl unterzubringen.

„Von Asylbewerbern gehen keine signifikanten Störungen aus“

Allein die Stadt Dresden plant, neben den bestehenden acht Asylbewerberheimen zwölf neue Sammelunterkünfte zu errichten. Bis 2016 sollen so 4230 Plätze zur Verfügung stehen, was etwa 0,9 Prozent der Dresdner Bevölkerung entspricht, wie Dresdens Sozialbürgermeister Martin Seidel (parteilos) sagte. Der Informationsbedarf ist groß, seit Anfang November kamen hunderte Bürger zu Veranstaltungen, auf denen die Stadt ihr Konzept vorstellte. Die Sorgen der Anwohner drehen sich, wie auch in anderen Teilen der Republik, vor allem um steigende Kriminalität, die mit dem Zuzug von Asylbewerbern in Verbindung gebracht wird.

Nach Angaben der Polizei existiert kein solcher Zusammenhang. „Von Asylbewerbern gehen keine signifikanten Störungen aus, auch nicht in der Umgebung von Heimen“, sagte Dresdens Polizeipräsident Dieter Kroll am Montagabend. Er trat damit einem Eindruck entgegen, den Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) geweckt hatte.

Ulbig hatte den Vorschlag gemacht, eine Spezialeinheit der Polizei für Intensivtäter unter Asylbewerbern zu gründen. Die Organisatoren der „Pegida“-Demonstrationen werteten das als Erfolg. Am Montag verschärfte sie umgehend den Ton und verlangten nun, Vereinen, die sich für Flüchtlinge einsetzen, die staatliche Unterstützung zu entziehen.

Organisatoren sind „Rattenfänger“

Minister Ulbig musste sich fragen lassen, ob er eine Steigerung der Kriminalitätsrate unter Asylbewerbern bisher verschwiegen habe, auf die er nun mit einer Spezialeinheit reagieren wolle. Ulbig widersprach. Ihm gehe es um eine Gruppe von etwa drei Prozent der Asylbewerber, rund 160 Personen, die für gut ein Drittel aller 2013 von Asylbewerbern begangenen Straftaten verantwortlich seien.

Insgesamt zählte Sachsens Polizei im vergangenen Jahr 165.000 Straftaten, davon 4000 durch Asylbewerber.\* Ulbig erklärte, dass sich diesen „Intensiv- und Mehrfachtätern“ in jedem Polizeirevier Spezialisten widmen sollen, die sich in der „besonderen Rechtsmaterie“ des Ausländer-, und Strafprozessrechts auskennen.

In der Opposition war Ulbig Maßnahme auf heftige Kritik gestoßen. Beim Koalitionspartner SPD, der die neue sächsische Ministerin für Integration, Petra Köpping, angehört, stieß Ulbig dagegen auf Verständnis. Beide Minister waren sich am Dienstag einig, die Sorgen der Bevölkerung, auch die der „Pegida“-Demonstranten, ernst zu nehmen. Ulbig allerdings unterschied deutlich zwischen den Organisatoren der Demonstrationen – die er als „Rattenfänger“ bezeichnete und von denen „einige polizeibekannt“ seien – sowie den Demonstranten, die er einlud, an Informationsveranstaltungen teilzunehmen.

## Antislamisten - Montagsdemos 3.0

jungewelt.de – 25.11.2014 – Sebastian Carlens

Dresden: 5.500 »patriotische Europäer« demonstrieren gegen »Islamisierung«. Politik kündigt prompt »Sondereinheiten« gegen Migranten an

Bereits zum sechsten Mal in Folge marschierten am Montag abend Bürger durch Dresden, um vor einer »Islamisierung« zu warnen. Nach Polizeiangaben beteiligten sich rund 5.500 Menschen an dem Protestzug, zu dem die Gruppe »PEGIDA« (»Patriotische Europäer gegen Islamisierung des Abendlandes«) aufgerufen hatte. Nach dem Start der »Montagsdemos gegen Islamisierung«, die vor sechs Wochen mit 300 Teilnehmern begonnen hatten, ist dies – nach ca. 3.700 Demonstranten in der vergangenen Woche – noch einmal eine beträchtliche Steigerung. Ausgehend vom ehemaligen Robotron-Gelände zog die Demonstration an einer Gegenkundgebung vor dem Zwinger vorbei, deren Organisatoren nur knapp 1.000 Menschen mobilisieren konnten. Auch eine weitere Protestveranstaltung gegen den Aufmarsch in der Dresdner Neustadt hatte wenig Zulauf.

Droht die »Islamisierung« Sachsens, gar die Einführung der Scharia im schönen Elbflorenz? Wohl kaum: Das einzige »Minarett« in der Stadt ist der Schornstein der vor über 100 Jahren im Stil einer Moschee errichteten einstigen Tabakfabrik »Yenidze«. Migranten machen nur rund fünf Prozent der Stadtbevölkerung aus, von ihnen kommen wiederum nur wenige aus muslimisch geprägten Ländern. Ähnlich sieht es in weiten Teilen Ostdeutschlands aus. Dies ist auch ein Resultat rassistischer Pogrome in den 90er Jahren. »Heimatschutz statt Islamisierung«, war auf einem der wenigen mitgeführten Schriftbänder der »PEGIDA«-Demonstration zu lesen. Da keine Übernahme der Stadt durch Imame und Kalifen droht, scheint etwas anderes die wachsende Zahl der Teilnehmer umzutreiben.

Die Veranstalter der Dresdner Aufzüge lehnen sich in ihrer Wortwahl unter anderem der »neuen Montagsdemos« an, die im Frühjahr vor allem in Berlin ähnliche Zuwachsraten zu verzeichnen hatten. Ein »Orga-Team«, wie es unter dieser Bezeichnung auch bei den mittlerweile abgeebbten »Montagsdemos 2.0« in Erscheinung trat, zeichnet verantwortlich. Auch der Termin ist bewusst gewählt. Der Anmelder Lutz Bachmann ist politisch bislang nicht aufgefallen.

Unter den Ordnern befinden sich zwar einschlägige Gestalten, die teilweise bereits in der Fußball- oder rechten Kameradschaftsszene in Erscheinung traten, wie Teilnehmer der Gegenkundgebungen berichteten. Im Gegensatz zu den »HoGeSa«-Demonstrationen (»Hooligans gegen Salafisten«, der vergangenen Wochen in Köln und Hannover dominieren allerdings keine gewaltbereiten Fußballfans das Geschehen. Doch auch die Analogie der Abkürzungen »gegen Salafisten« bzw. »Islamisierung« dürfte kein Zufall sein: Die Dresdner Veranstalter nutzen das Mobilisierungspotential solcher »neuen« Bewegungen, die bundesweit seit Jahresbeginn unter vielfältigen Labels auftreten.

Auf der Gegendemonstration in der Dresdner Altstadt wurde das Geschehen als »verkappter Rassismus« kritisiert; »Islamisierung« sei nur eine Chiffre, gemeint seien Ausländer insgesamt. Die etablierte Politik zumindest lässt sich solche Anstöße »von der Basis« nicht zweimal geben. Mit »Sondereinheiten« will Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) gegen »mehrfach straffällig gewordene Asylbewerber« vorgehen (siehe *jW* vom Dienstag). Diese Intensivtäter »vergifteten« die Stimmung in der Gesellschaft, sagte Ulbig am Montag. Die Arbeitsteilung zwischen Straße und

Politik funktioniert, auch 20 Jahre nach Hoyerswerda und Rostock: War mit den Pogromen damals die faktische Abschaffung des Asylrechtes legitimiert worden, wird heute gemeinsam mit »PEGIDA« gegen ein Phantom Stimmung gemacht – zu Lasten von Menschen, die eine Zuflucht vor Armut, Krieg und Katastrophen suchen.

### **„Straftaten nicht mit Bleiberecht belohnen“: Sondereinheit soll Jagd auf straffällige Asylbewerber in Sachsen machen**

focus.de – 26.11.2014

Straffällige Asylbewerber in Sachsen sind offenbar ein Problem: Deshalb will das Land eine spezielle Einheit der Polizei zur Bekämpfung der Straftaten zusammenstellen. Kritiker sehen darin vor allem einen Erfolg rechtspopulistischer Proteste.

Mit harter Hand möchte Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) gegen straffällige Asylbewerber vorgehen. In einem vielbeachteten Interview mit der „Dresdner Morgenpost“ kündigte er an, dass eine spezielle Polizei-Einheit in Zukunft Jagd auf Intensivtäter machen soll. Startpunkt: Dresden. Das Modell soll dann im ganzen Land umgesetzt werden.

"Es darf nicht sein, dass einer, der kein Recht auf Asyl hat und dann noch schwer straffällig geworden ist, durch das Zusammentreffen von Strafprozessordnung und Ausländerrecht am Ende mit einer Art Bleiberecht belohnt wird", sagte Ulbig der Zeitung.

In den Sondereinheiten sollen Ermittler und Fachleute für Straf- und Ausländerrecht zusammenarbeiten, da sich in der Praxis Straf- und Asylverfahren häufig gegenseitig beeinflussen. Sachsen wird in diesem Jahr voraussichtlich 11.000 Asylbewerber aufnehmen. 2013 waren es knapp 6800.

Krasser Widerspruch zur Realität

Ulbig's Pläne sorgten für Aufsehen, nicht nur in Dresden. Die Linken erkennen einen "befremdlichen Zungenschlag" Ulbig's und sehen einen krassen Widerspruch zur Realität. "Es ziehen keine zugereisten marodierenden Banden durchs Land, sondern es müssen Asylbewerberheime rund um die Uhr vor befürchteten Übergriffen ‚einheimischer‘ Täter geschützt werden", erklärte etwa Linke-Fraktionschef Rico Gebhardt.

Ulbig verteidigte seine Pläne: Sie seien nötig, um Konflikte von Straf- und Asylrecht, die in der Konsequenz zu einem verlängerten Aufenthalt von Intensivtätern führten, zu vermeiden. Als solche Intensivtäter seien etwa drei Prozent der Asylbewerber in Sachsen zu sehen, was einer Gruppe von etwa 160 bis 170 Personen entspreche. Doch nach Angaben der sächsischen Polizei ist die Kriminalitätsrate in der Nähe von Flüchtlingsheimen überhaupt nicht gestiegen.

Rechte, Rocker, Hooligans – und „normale“ Bürger

Auffallend ist, dass die Aussagen des Innenministers mit einem Anstieg rechtspopulistischer Aktionen in Dresden zusammenfallen: Rechte, Rocker, Hooligans – aber auch Bürger von nebenan versammeln sich seit Wochen unter dem diffusen Titel „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) und ziehen skandierend durch Dresdens Straßen. Und es werden immer mehr: Am vergangenen Montag waren es bei der fünften Pegida-Demo rund 5500

Menschen. Auf der anderen Seite versammelten sich Hunderte Gegendemonstranten.

Reporteranfragen werden von den Teilnehmern der rechtspopulistischen Organisation konsequent ignoriert. Weder wollen sie gegenüber der „taz“ definieren, was das „Abendland“ eigentlich ist, für das sie kämpfen, noch beantworten sie dem „Deutschlandfunk“ die Frage nach der Motivation zur Teilnahme. Die Organisatoren riefen die Teilnehmer sogar explizit dazu auf, „keine Parolen, keine Interviews“ zu geben, denn: „Mahnende Stille ist das Gebot der Stunde“. Freilich laufen die Proteste keineswegs ruhig ab, die Menschen skandieren Rufe wie „Wir sind das Volk“.

Ulbig's persönliche Agenda

Kritiker werfen Ulbig nun vor, sich dem Druck dieser rechtspopulistischen Öffentlichkeit zu fügen. Ulbig widersprach: Von den zunehmenden Protesten sehe sich die Staatsregierung nicht getrieben. Im Zusammenhang mit den Organisatoren der Pegida-Demos und deren Umfeld sprach er von "Rattenfängern". "Da sieht man natürlich Hooligans, da sieht man natürlich NPD-Leute, und da sieht man AfD-Leute." Aber man könne nicht pauschal sagen, "dass das alles Rechtsextreme sind, die dort hingehen." Deshalb seien Dialogansätze wichtig, "dass wir zumindest diejenigen, die aus einer ernsthaften Sorge heraus dorthin gehen, von diesen Veranstaltungen wieder wegbekommen."

Doch damit nicht genug: Linke, Grüne und die Dresdner SPD warfen Ulbig vor, eine persönliche Agenda zu verfolgen. Ulbig soll bei der Wahl zum Oberbürgermeister in Dresden 2015 für die Union ins Rennen gehen. "Ulbig will sich als Hardliner gerieren", betonte die Abgeordnete Petra Zais (Grüne) und habe schon jetzt mit dem Wahlkampf begonnen. Das mögliche Ziel: Stimmenfang am rechten Rand. Zais sagt: "Wir brauchen keine Sondereinheit, sondern deutlich mehr Sozialarbeiter. Dafür muss sich Ulbig bei den kommenden Haushaltsverhandlungen im Kabinett stark machen. Das ist sein Job."

Am kommenden Montag werden wieder Tausende Menschen in Dresden auf die Straße gehen. Die Pegida-Organisatoren riefen zuletzt dazu auf, dass „jeder mindestens eine weitere Person“ mitbringen soll. Trotz aller Versuche Ulbig's, sich von den Protestierenden loszusagen: Die geplante Polizeieinheit in Sachsen ist Wasser auf den fremdenfeindlichen Mühlen der Protestierenden.

## **„Perfide!“ | Dresdner Asyl-Gegner missbrauchen Leipziger Wende-Slogan**

Bild.de – 27.11.2014 – Erik Trümper

**Leipzig/Dresden – Immer wieder montags wird neuerdings in Dresden gegen „Glaubenskriege auf deutschem Boden“ demonstriert.**

Dem Aufruf der Gruppe „Pegida“ („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) folgten zuletzt 7000 Menschen. Und skandierten dabei den berühmten Wende-Slogan ‚Wir sind das Volk!‘.

**„Ein Affront“, sagt Tobias Hollitzer (48), Leipziger Bürgerrechtler und Leiter des Stasi-Museums „Runde Ecke“. „Ich finde das Ganze sehr problematisch. Sowohl die Benutzung des Slogans ‚Wir sind das Volk‘, als auch den Montag als Tag der Demonstration.“**

Hollitzer weiter: „Die Friedliche Revolution 1989 war gegen eine menschenverachtende Diktatur gerichtet, für Freiheit und Demokratie. Heute hingegen geht es um die Frage: Wie gestalten wir

diese Demokratie? Dazu gehört auch die Asyl-Frage. Ich finde es aber perfide, dabei ‚Wir sind das Volk!‘ zu rufen.“

**Seine Erklärung: „Der Ruf bedeutete 1989 nicht Abgrenzung. Vielmehr war es eine Betonung der gemeinsamen Verantwortung der Demonstranten und der Volkspolizei gegen die SED. Dabei sollten wir nicht vergessen: 1988/89 waren wir es, die im Westen Asyl gesucht haben. Nichts anderes waren die Prager Botschafts-Flüchtlinge. Nach Öffnung der Mauer sind wir zu Hunderttausenden förmlich in den Westen eingefallen, weil das Leben in der maroden DDR unerträglich geworden war. Und ich kann mich nicht erinnern, dass die Menschen in den alten Bundesländern jemals dagegen demonstriert hätten.“**